

Dr. Volker Külow: Referat auf der 2. Tagung des 3. Stadtparteitages DIE LINKE. Leipzig am 17. November 2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

beim letzten Parteitag im März habe ich mein Referat mit einem wuchtigen Zitat des Kabarettisten Georg Schramm eröffnet. Heute verweise ich auf eine gänzlich andere Kunstform mit Protagonisten, die Euch vielleicht überraschen werden. Am Dienstag und Mittwoch spielte in der Arena, die jeweils mit 11.000 Zuschauern komplett ausverkauft waren, die Punkband „Die Toten Hosen“. Es waren die beiden Auftaktkonzerte für ihre bundesweite Tournee, die unter dem netten Motto „Der Krach der Republik“ steht. Zum Glück ist die Musik der Band nicht nur laut, sondern die Texte sind oftmals durchdachter als der ein oder andere vielleicht annimmt. Übrigens auch das Logo, das eine Mischung aus Bundesadler sowie Hammer und Zirkel ist. Und dann singen die Jungs um Campino erstaunlicherweise auch noch Stücke von anderen Musikern und erzeugen damit manchen positiven Überraschungseffekt. Wenn „Die Toten Hosen“ das Lied von Hannes Wader „Heute hier morgen dort“ mit der berühmten Refrainzeile „Das nichts bleibt wie es war“ anstimmen, erzeugt das eine echte Gänsehaut.

„Das nichts bleibt wie es war“ ist auch ein gutes Motto für unsere Partei, die ja bekanntlich den Anspruch hat, die bundesdeutsche Gesellschaft zu verändern. Dank steigender Umfragewerte seit dem Göttinger Parteitag sind unsere politischen Handlungsspielräume für dieses Anliegen erfreulicherweise wieder

deutlich gestiegen. Wir werden nicht mehr mit parteiinternen Querelen wahrgenommen, sondern mit inhaltlichen Aussagen, beispielsweise mit unserer Klage am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen den Rettungsschirm und den Fiskalpakt. Auch unser Kampf gegen Altersarmut und gegen steigende Strompreise wird registriert und manches andere auch. Dazu kommen die Fehler der anderen, auf die man nicht bauen kann, die aber doch gelegentlich helfen: z.B. scheint der Hype für die Piraten vorbei zu sein. Nicht mehr wir, sondern sie müssen vor der Fünfprozenthürde zittern. Die Piraten scheinen sich zu einer FDP mit Smartphone, aber ohne Frauen zu entwickeln. Und über den missglückten Wahlkampfauftakt des SPD-Kanzlerkandidaten muss ich sicher auch nicht viele Worte machen. Bevor es eigentlich losgeht ist der Vortragsmillionäre Steinbrück schon schwer beschädigt. Wenn er überhaupt bis zum Ende durchhält ist schon klar, dass er keinen Tag länger als bis zur Wahl an der Spitze der SPD stehen wird. Mit diesen Selbsttoeren macht es die SPD natürlich Frau Merkel besonders leicht. Und das wiederum ist kein Grund zur Schadenfreude, ganz im Gegenteil.

Derzeit reist die Bundeskanzlerin bekanntlich quer durch Europa, zuletzt war sie in Portugal. Die Zeiten, in denen die deutsche Kanzlerin in den EU-Ländern aber mit winkenden Kindern begrüßt wurde und ein „Bad in der Menge“ obligatorisch war, sind fürs erste vorbei. Denn was die Stippvisite Angela Merkels – sie bleibt ja immer nur für ein paar Stunden - der jeweiligen Bevölkerung gebracht hat, lässt sich an Arbeitslosenstatistiken,

Zwangsräumungen, Werksschließungen und zynischen Sprüchen der Dame ablesen. Frau Merkel ist die härteste Verfechterin jener Politik der Bankenrettung, die auch die Verschuldung der Bundesrepublik steil nach oben trieb. In vielen EU-Ländern führte dieser Kurs schon zum faktischen Ruin und zur Unterwerfung unter das Diktat der „Troika“. Die Markfundamentalistin Merkel betreibt faktisch ökonomischen Talibanismus, der uns alle betrifft: insbesondere Griechenland wird als Versuchskaninchen benutzt, um auszutesten, wie weit man bei der Zerstörung sozialer und ökonomischer Rechte gehen kann.

Während die Bundeskanzlerin jenseits der Landesgrenzen Trümmertourismus betreibt, jagt in der deutschen Innenpolitik eine Fehlentscheidung der Bundesregierung die nächste – Stichwort Betreuungsgeld – bzw. ein Skandal löst den anderen ab, wenn ich nur daran denke, wie der Verfassungsschutz seit einem Jahr fröhlich und unbehelligt Akten zum NSU schreddert. Vor dem Hintergrund der alarmierenden Zahlen der neuen Studie zu extrem rechten Einstellungen in Deutschland „Die Mitte im Umbruch“ wird das Versagen des Staates in diesem Bereich noch fataler. Vor diesem Hintergrund ist auch das am Donnerstag eröffnete Extremismus- und Terrorabwehrzentrum in Köln ein höchst fragwürdiges und wohl in erster Linie populistisches Projekt. Es lässt schon tief blicken, dass dieses Zentrum neben dem Abwehrzentrum gegen islamistischen Terrorismus und dem Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus nun schon das dritte so genannte Zentrum ist. Hier stellt sich

zwangsläufig die Frage, wenn es schon Abwehrzentren gegen Rechtsextremismus und islamistischen Terrorismus gibt, welchen weiteren Terrorismus es den nun noch abzuwehren gilt. Es drängt sich der Eindruck auf, dass der Bundesinnenminister und im gehorsamen Schlepptau auch der sächsische Innenminister Markus Ulbig es nicht lassen können und noch während der Aufarbeitung des NSU-Skandals die ihnen unterstehen Sicherheitsinstitutionen wieder auf Links einschwören wollen.

Zweitens nutzt man das Ganze gleich auch noch dazu, darauf hat André Hahn in einer Presseerklärung aufmerksam gemacht, klammheimlich die Haushalte der Dienste zu erhöhen, als hätte es das Versagen beim NSU nie gegeben. Zudem werden Zuständigkeiten von Polizei- und Verfassungsschutzbehörden unzulässig vermischt und der Datenschutz weiter ausgehebelt. Erstaunlich ist drittens auch die Eile, mit der drei Wochen vor dem eigentlich geplanten Termin der Eröffnung dieses neue Abwehrzentrum ins Leben gerufen wird. Soll hier nach der Herdprämie nun mit einer Law-and-Order-Politik auf Steuerzahlerkosten erneut Wahlkampfhilfe für die CSU geleistet werden? Wenn sich, wie es momentan aussieht, wirklich nur zehn von 16 Bundesländern an dem Projekt beteiligen, ist dessen Scheitern ohnehin schon jetzt vorprogrammiert. Dass sich der sächsische Innenminister Ulbig brav mit einem LKA-Beamten und einem Beamten aus dem Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen daran beteiligt, verwundert nicht wirklich, ist aber von der personellen Stärke her ein Witz. Das Ganze ist unter dem Strich wohl nicht mehr als ein

gemeinsamer Aktionismus der CDU-geführten Länder, ohne ersichtlichen Plan und vermutlich auch ohne echte Wirkung.

Ich kann aus Zeitgründen jetzt auf viele andere wichtige Themen, die derzeit die aktuelle politische Situation der Bundesrepublik prägen, nicht eingehen. Da verweise ich auf die vom Bundesvorstand unlängst beschlossene Wahlkampfstrategie der LINKEN für die Bundestagswahl 2013, die das wirklich in solider Qualität tut. Wichtig ist die Beachtung dieser Rahmenbedingungen aber natürlich für die erfolgreiche Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen. Das nächste Jahr wird nach den zwei unbefriedigenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen und angesichts der keinesfalls schon überwundenen Krise der Partei für DIE LINKE ein in jeder Beziehung wichtiges, durch mehrere bedeutende Termine geprägtes Wahljahr. Direkt zu Jahresbeginn wird mit der Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar entschieden, ob der LINKEN nach dem Göttinger Parteitag der Neuanfang gelungen ist und die "Warmlaufphase" für die Bundestagswahl im Herbst 2013 sowie für die Europawahl 2014 erfolgreich eingeläutet werden kann. Und eine Woche später sind bekanntlich wir in Leipzig dran.

Damit, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich zum wichtigsten Vorhaben der nächsten Wochen und Monate kommen; ihr ahnt es alle schon, ich meine natürlich den OBM-Wahlkampf. „Die Menschen gewinnen, Energien entfalten“ hat Bärbel den am 31. August präsentierten Entwurf ihres Wahlprogramms überschrieben. Der Stadtvorstand übernahm dieses Motto für die am 11. September beschlossene Wahlkampfstrategie der Leipziger LINKEN. Und seit nunmehr zweieinhalb Monaten führen wir unter diesem Slogan den OBM-Wahlkampf. Gestattet mir zunächst einige Bemerkungen zu den Rahmenbedingungen, unter denen wir agieren, bevor ich etwas zur aktuellen Situation in Leipzig sage.

Zum bundespolitischen Umfeld habe ich schon einige Bemerkungen gemacht. Als kommunale Wahl ist die OBM-Wahl zunächst durch eine große Eigenständigkeit und -dynamik geprägt. Das Ergebnis wird aber mit Sicherheit überregional wahrgenommen und hat zumindest für DIE LINKE in Sachsen auch landespolitisches Gewicht. Darüber hinaus lassen sich für die Bundesebene Erfahrungen und Erkenntnisse für weitere großstädtische Wahlen ableiten. Insofern ergibt sich hier für den Leipziger Stadtverband, der von der Landes- und der Bundesebene in nicht unerheblichem Maße finanziell unterstützt wird, eine zusätzliche Verantwortung für ein erfolgreiches Abschneiden.

Für den OBM-Wahlkampf im Jahr 2013 gibt es erstmals seit 1990 eine völlig neue Konstellation: Die beiden Hauptkonkurrenten der LINKEN, die

Kandidaten von SPD und CDU, werden in weiten Teilen (besonders der politisch interessierten bzw. aktiven) Stadtgesellschaft vor allem dahingehend wahrgenommen, wer von den beiden die geringere Zahl negativer, zumindest aber unattraktiver Merkmale aufweist. Der eine besitzt einen faden Amtsbonus (mit schwerwiegendem Sündenregister auf zahlreichen Politikfeldern), der andere kann die Wählerschaft weder fesseln noch gar mitreißen. Solch eine trübe Grundkonstellation eines eher deprimierenden, weil qualitätsfernen Patts bzw. einer drohenden Wahl des "kleineren Übels" ist neu für Leipzig; bisher ging es stets darum, eine Auswahl aus einem Kreis einigermaßen profilierter Kandidaten bzw. eines überragenden Kandidaten aus dem Kreis ambitionierter Mitbewerber zu treffen.

Trotz dieser kritischen Einschätzung besteht die reale Gefahr, dass diese Konstellation in den Mittelpunkt des Wahlkampfs rückt und medial als Duell bzw. Zweikampf zwischen SPD und CDU widergespiegelt wird und in die Entscheidungsfrage mündet: kann die CDU erstmals seit 1990 den OBM in Leipzig stellen oder ist der derzeitige OBM in der Lage, sein Amt zu verteidigen; die strukturelle Schwäche der sächsischen SPD macht diese Entscheidung für die Sozialdemokraten zu einer landespolitischen (Überlebens)Frage.

Angesichts dieser möglichen Konstellation galt es für die Leipziger LINKE, möglichst frühzeitig mit einer inhaltlich und rhetorisch starken, mit konstruktiven Vorschlägen auftrumpfenden Kandidatin, das blasse Starterfeld frühzeitig aufzumischen und eine von der Öffentlichkeit als Dreikampf wahrgenommene Auseinandersetzung herzustellen. Bärbel muss trotz ihrer objektiven Außenseiterrolle als Herausforderin des Amtsinhabers positioniert werden. Das doppelte Alleinstellungsmerkmal als einzige Frau und Ostdeutsche im Rennen zu sein, spielt dafür eine wichtige Rolle. Weitere wichtige Implikationen ergeben sich durch das (bundespolitische) Wachstum der Grünen einerseits und durch den erstmaligen Wahlantritt eines von mehreren Parteien (Stichwort Piraten) und Bürgerinitiativen unterstützten parteilosen Kandidaten.

Unsere Hauptziele für den OBM-Wahlkampf sind klar:

Die Leipziger LINKE tritt zur OBM-Wahl 2013 an, um im Wahlkampf ihre politische Vision der Zukunft dieser Stadt zu kommunizieren und mit Barbara statt Burkhard, mit Substanz statt Show, eine überzeugende personelle Alternative für die Stadtspitze zu präsentieren. Wir nehmen damit Einfluss auf die politische Willensbildung und machen auf diejenigen Herausforderungen aufmerksam, die vom amtierenden OBM und dem CDU-Herausforderer vernachlässigt werden.

Die Leipziger LINKE ist deutlich die Partei für den Alltag, nicht nur für den Wahltag. Sie zeigt im und durch den Wahlkampf, wie sie als zweitstärkste

Fraktion ihre Verantwortung als linke alternative Gestaltungspartei mit ihren zwei Bürgermeistern wahrnimmt. Diese Botschaft ist personell und in allen Bildern, die wir erzeugen, umzusetzen. Da nicht nur bei den Journalisten schon viel spekuliert wird, ein Satz zum zweiten Wahlgang: dass ein Kandidat im ersten Durchgang die absolute Mehrheit der Stimmen erringt, ist angesichts des breiten Kandidatenenspektrums unwahrscheinlich. Kommt es deshalb zum entscheidenden zweiten Durchgang, muss die Kraft der LINKEN gegebenenfalls ausreichen, einen längeren, aufwändigeren und erheblich zäheren OBM-Wahlkampf als 2005 und 2006 zu führen, um ein bestmögliches Ergebnis in beiden Wahlgängen abzusichern. Aus der möglichen Zuspitzung auf die Auseinandersetzung zwischen Amtsinhaber und CDU-Kandidat können sich nach dem ersten Wahlgang allerdings wichtige strategische Fragen neu stellen und erhebliche Anforderungen an unser weiteres taktisches Agieren ergeben. Für diesen Fall müssen rechtzeitig starke, treffsichere, überzeugende Argumentationslinien für unsere jeweiligen Entscheidungen gezogen werden, egal wie das Kräfteverhältnis nach dem ersten Wahlgang konkret aussieht.

Zur inhaltlichen Ausrichtung des Wahlkampfs: Am 31. August unterbreitete Bärbel der interessierten Öffentlichkeit ein ernsthaftes Dialogangebot. Diese Einladung an die Leipzigerinnen und Leipziger zur Mitarbeit an der gemeinsamen Ausarbeitung des endgültigen Wahlprogramms wurde durchaus angenommen, wir führen eben wirklich einen Mitmachwahlkampf. Nun wird

Bärbel am 26. November ihr endgültiges Wahlprogramm auf eine Pressekonferenz präsentieren und vier Tage später beim Wahlkampfauftakt mit Gregor Gysi in Grünau erstmals auch in Kurzform unter die Bürgerschaft bringen.

Thematisch bleibt der Sozialbereich Dreh- und Angelpunkt sowie "Markenkern" linker Politik. Gerade angesichts der bedrückenden Tatsache, dass Leipzig weiterhin die bundesdeutsche Armutshauptstadt ist, wie dieser Tage das Wirtschafts- und Sozialinstitut der Hans-Böckler-Stiftung erst wieder feststellen musste. Die Einheit von Wirtschaftlichem und Sozialem bleibt das Alleinstellungsmerkmal der LINKEN und ist - falls es gelingt, das Stigma des sozialen Reparaturbetriebs abzustreifen und verstärkt Kompetenz im Bereich Wertschöpfung aufzubauen - geeignet, Aufmerksamkeit weit über den Kreis der traditionellen Wählerschaft hinaus zu erzeugen. Gerade deshalb ist es heute so wichtig, dass Positionspapier zur linken Mittelstandspolitik zu verabschieden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wahlkämpfe kosten bekanntlich Geld. Mit unserem Wahlkampffonds in Höhe von 60 TE können wir mit den beiden anderen großen Parteien nicht mithalten, zumal dort im Gegensatz zu uns Sponsoren aus der Wirtschaft bereit stehen bzw. möglicherweise ganz dunkle Quellen - Stichwort herrenlose Häuser – angezapft werden. Wenn aber jedes Mitglied der Leipziger LINKEN im Umfang seiner individuellen Möglichkeiten eine Spende gibt, können auch wir eine

engagierte Wahlkampagne führen. Bärbel und ich hatten deshalb an jedes der rund 1.500 Mitglied des Leipziger Stadtverbandes am 17. September einen Brief mit der Bitte um finanzielle Unterstützung für den OBM-Wahlkampf gebeten. Wir haben 7.500 Euro Spenden in unserem Wahlkampffonds eingeplant, um die dahin schmelzenden Rücklagen etwas zu schonen.

Erfreulicherweise haben bis zum heutigen Tag 218 Mitglieder auf diesen Brief reagiert und eine Gesamtsumme von 8.273, 47 Euro überwiesen. Darunter waren auch sehr großzügige Spenden, wenn ich an Grete Bach und Jutta Haferkorn denke, die jeweils 200 Euro gaben; Uwe Kluge überwies 350 und Günter Herold und Inge König jeweils 400 Euro. Dora Wagner brachte es auf 500 Euro. Für ein separates Wahlkampfprojekt, das in der oben genannten Summe nicht enthalten ist, gaben auch die vier Landtagsabgeordneten und die beiden Bürgermeister jeweils 500 Euro. Genossin Margot Knorr spendete sogar 700 Euro. Den bisherigen Rekord hält Peter Wasem, der sogar 1.000 Euro überwies. Ich danke allen genannten und ungenannten Spendern für ihre bisherige Unterstützung. Da scheint mir ein Extraapplaus wert zu sein. Und vielleicht fühlt sich jetzt das ein oder andere Mitglied, das sich bisher etwas zurückgehalten hat, zusätzlich ermuntert, damit wir möglichst an die 10.000 Euro-Marke rankommen, um noch einige Weihnachtsüberraschungen im Wahlkampf finanzieren zu können.

Zur aktuellen Wahlkampfkonstellation in Leipzig, insbesondere zu den Mitbewerbern, will ich mich heute nicht groß äußern. Einige Sätze zum Amtsinhaber scheinen mir aber doch angezeigt. Er neigt bekanntlich gern zur Schauspielerei und Schönrednerei; in seinen bisherigen Wahlkampfauftritten gibt es nur eine Botschaft: Leipzig ist toll und wird immer besser; natürlich alles dank seiner Regentschaft. Probleme, Defizite, gar Skandale, sind kein Thema für ihn, obwohl man zu dazu vieles sagen könnte, wenn ich nur an das Versagen des Allgemeinen Sozialen Dienstes angesichts des Todes einer jungen Mutter und ihres zweijährigen Kindes im Juni in Gohlis denke. Aus naheliegenden Gründen möchte ich eine Bemerkung zum derzeit größten Skandal im Rathaus machen, der uns seit Monaten bundesweit Negativschlagzeilen einbringt. Es geht um die herrenlosen Häuser, dessen Aufklärung Jung entgegen aller Lippenbekenntnisse seit Monaten massiv behindert. Insbesondere werden dem zuständigen Untersuchungsausschuss des Landtages in Dresden - Stichwort Sachsensumpf - mit fadenscheinigen juristischen Begründungen die Akten verwehrt, die jetzt immerhin die ehrenamtlich agierenden Stadtratsmitglieder einsehen dürfen. Jung hat für diese durchsichtige Strategie ebenso durchsichtige Gründe, die Bärbel, Sören und ich in einer gemeinsamen Presseerklärung bereits am 13. September öffentlich benannten: „Es steht für uns daher der Verdacht im Raum, dass Jung angesichts seiner auffälligen persönlichen Beziehungen zu diversen Nutznießern des Häuser-Skandals subjektiv gar nicht in der Lage ist, rückhaltlos aufzuklären. Diesen bösen Anschein einer möglichen Verstrickung

sollte das Stadtoberhaupt in seinem eigenen Interesse möglichst schnell auflösen.“ Das hat Jung bis heute nicht getan, ganz im Gegenteil: er bestellt bei einem Juristen mit SPD-Parteibuch ein Gefälligkeitsgutachten, um die Aktenherausgabe an den Landtag zu torpedieren. Diese Winkelzüge können aber nicht verhindern, dass die Einschlüge immer näher an Jungs Amigosystem heranrücken. Es bleibt die spannende Frage, was diesbezüglich bis zum 27. Januar noch weiter passiert. Die LINKE wird jedenfalls weiterhin konsequent auf Aufklärung drängen.

Und damit wieder zu unserer Wahlkampfführung, zu der nachher in der Diskussion unser Wahlkampfleiter Jan Weien einige nähere Ausführungen machen wird. Ich will auf ein Problem aufmerksam machen, dass uns in allen bevorstehenden Wahlkämpfen intensiv beschäftigen muss. Angesichts des Altersdurchschnitts unserer Mitglieder- und Stammwählerschaft muss dringend um jüngere Wählerinnen und Wähler gerungen werden; der Generationenwechsel in der Struktur der Wählerschaft darf nicht verpasst werden. Insofern ist der 27. Januar 2013 ein Test für den parteiinternen demografischen Wandel bzw. für die Resonanz linker Programmatik in einer sich wandelnden Stadtgesellschaft.

Hier sind besonders die Jugendstrukturen des Stadtverbandes und ihr Umfeld gefordert. Auf dem Stadtjugendtag am letzten Samstag spielten konkrete Vorhaben zur Unterstützung von Bärbel im OBM-Wahlkampf meines Wissens noch keine große Rolle; ich hoffe aber sehr, dass sich das noch ändert.

Kurz noch ein paar Sätze zur operativen Wahlkampfführung und zum

Zeitplan: Mit der Installierung des Wahlstabes der Partei und des persönlichen Wahlstabes von Bärbel, die beide eng miteinander zusammenarbeiten und bereits im Wochenrhythmus tagen, ist das organisatorische Fundament für eine erfolgreiche Wahlkampfführung gelegt. Auch die Zusammenarbeit mit der Agentur TRIALON, die seit vielen Jahren die Wahlkämpfe der Partei auf den verschiedensten Ebenen betreut, funktioniert gut. Wir befinden uns nunmehr am Ende der Vorbereitungsphase des Wahlkampfes. Mit dem heutigen Stadtparteitag geht es um eine neue Stufe der innerparteilichen Mobilisierung und den Übergang zum Auftakt des eigentlichen Wahlkampfes, der übernächste Woche mit der Präsentation des Wahlprogramms von Bärbel und der Veranstaltung mit Gregor Gysi faktisch in zwei Etappen vollzogen wird. Dann folgt ab 3. Dezember eine Unterstützungswoche durch die Bundestagsfraktion und wir bereiten eine nette Weihnachtsüberraschung vor. Die heiße Phase des Wahlkampfes wird dann voraussichtlich am 3. Januar mit dem Beginn der Plakatierung von 2 mal 1.500 Plakaten und insgesamt 12 Großflächen beginnen, damit wir schon vor Beginn der Briefwahl am 8. Januar im öffentlichen Raum ein markantes Zeichen setzen. Mitte Januar wollen wir dann 150.000 Personenfolder von Bärbel in die Leipziger Briefkästen bringen, teilweise von einer Firma unterstützt, weil die weißen Flecken im Stadtgebiet auch bei uns immer größer werden.

Unterstützt von der Landtagsfraktion wollen wir dann ab 24. Januar eine neue Qualität im 48-Stundenwahlkampf hinbekommen. Am 27. Januar findet bekanntlich der 1. Wahlgang statt; wir betrachten es als gutes Omen, dass dieses Datum exakt der fünfte Jahrestag des erfolgreichen Bürgerentscheids gegen die von Jung angestrebte Privatisierung des Stadtwerkeverkaufs war. Am 29. Januar wird dann eine Sondersitzung des Stadtvorstandes zur Bewertung des Wahlergebnisses stattfinden. Wir gehen mal davon aus, dass es Bärbel nicht gleich im 1. Wahlgang schafft und wir bis zum 17. Februar durchziehen müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es liegt in der Natur der Sache, dass in Wahlkampfzeiten andere Themen und Vorhaben etwas stiefmütterlich behandelt werden, obwohl sie ebenfalls unsere Aufmerksamkeit erfordern, zumal man sie gut miteinander verknüpfen kann. Ich denke beispielsweise an unser ehrgeiziges Projekt 10 mal 10, für das man in den nächsten Wochen durchaus mobilisieren sollte. Ebenso ist die Mitgliedergewinnung ein Thema, denn erfahrungsgemäß gelingt uns gerade in Wahlkampfzeiten dabei mancher Erfolg. Dazu sind natürlich auch spannende politische und kulturelle Angebote für potenzielle Mitglieder wichtig.

z.B. hätte Franz Sodann gern heute etwas zu unserer Kulturreihe im Liebknecht-Haus gesagt, ihr erinnert Euch sicher an seinen Diskussionsbeitrag im Frühjahr. Er bedauert sehr, heute nicht hier sein zu können. Er ist auf dem Landesparteitag in Thüringen und trägt dort im Vorfeld der Debatte zur linken Europapolitik

Auszüge aus dem Buch „Was für ein schöner Sonntag“ von Jorge Semprun vor.

Franz hatte gemeinsam mit seinem Vater im September mit der szenischen Lesung „Fabian – die Geschichte eines Moralisten“ von Erich Kästner die Lesereihe „Literatur unterm Dach“ im Liebknecht-Haus eröffnet. Derartige Veranstaltungen, die weit über den Kreis der Mitgliedschaft ausstrahlen und neues Publikum ansprechen, brauchen wir im Wahljahr viel mehr.

Mit diesem Wunsch bzw. mit dieser Hoffnung möchte ich zum Schluss des Referates kommen. Nutzen wir den heutigen Parteitag zum konstruktiven Gedankenaustausch über unsere nächsten Vorhaben. In diesem Sinne freue ich mich auf eine spannende Diskussion und danke für Eure Aufmerksamkeit.